

Leseprobe aus „Heimkehr im Nebel“

von Martin Thamm – Einsatzveteran der Bundeswehr

Zwischen Wahrheit und Abgrund

Es ist ein seltsames Gefühl, wenn man sich selbst in amtlichen Schreiben wiederfindet – nicht als Mensch, nicht als Veteran mit einer Lebensgeschichte, nicht als jemand, der seine Pflicht getan hat, sondern als Aktenzeichen. Als Behauptung. Als Verzerrung. Und doch trifft es mich jedes Mal wie ein Schlag, wenn ich in den Bescheiden des BAPersBw lese, meine komplexe PTBS sei etwas, das ich lediglich „angenommen“ hätte.

Angenommen.

Als wäre meine Krankheit ein Mantel, den ich mir morgens freiwillig überstreife.
Als wäre sie ein modischer Defekt, den man sich ausdenkt, um Aufmerksamkeit zu erhaschen.
Als hätte ich mir die Nächte voller Flashbacks ausgesucht, die Jahre des Zerfalls, die Angst, die Schuldgefühle, die Isolation.
Als wäre das alles ein Irrtum, den ich in mir selbst geschaffen hätte.

Dabei existieren die Diagnosen schwarz auf weiß.
Mehrere Ärzte haben sie gestellt. Psychotherapeutinnen und haben sie bestätigt.
Es gibt Arztbriefe, Berichte, Stellungnahmen – ein Mosaik aus Fakten, aus bitterehrlichen Schilderungen und klinischer Evidenz. Und dennoch schreibt eine Behörde, meine Krankheit sei nur „angenommen“.

Ich lese solche Sätze und etwas in mir zieht sich zusammen.
Es ist das gleiche Gefühl, dass ich im Einsatz hatte, wenn man die Realität wegblendet, weil sie unbequem ist. Nur diesmal ist es nicht Kabul oder Pol-e-Chomri, nicht Masar-e Sharif oder Baghlan – diesmal ist es mein eigenes Land, das diesen Schleier über die Wahrheit legt.

Nicht weniger belastend als diese Entwertung meiner Verletzung ist der zweite Punkt:
Die Aberkennung meiner **„charakterlichen Eignung“**, ich wäre darauf aus **„eine finanzielle Besserstellung zu erreichen“**.

Ich, der über Jahre gute Beurteilungen, förmliche Anerkennungen, Leistungsprämien bekam.
Ich, der in sechs Einsätzen stand, oft dort, wo andere wegschauten.
Ich, der Verwundete versorgte, Kinder, Kameraden, Zivilisten.
Ich, der sich nie geweigert hat, nie davongelaufen ist, der Verantwortung getragen hat – manchmal mehr, als ein Mensch tragen sollte.

Und dann sitzt irgendwo ein Sachbearbeiter oder eine Sachbearbeiterin in einem Büro, liest eine Akte an einem Schreibtisch, weit weg von allem, was Einsatz heißt – und urteilt über meinen Charakter. Manchmal frage ich mich, was solche Menschen denken, wer ich bin. Vielleicht stellen sie sich mich als jemanden vor, der zu schwach ist zum Kämpfen, zu emotional, zu instabil.
Als jemanden, der die eigenen Dämonen selbst geschaffen hat.

Und dann sehe ich im Kontrast dazu all die Fälle, die ich über die Jahre verfolgt habe, die in der Presse veröffentlicht wurden:

Stabsoffiziere, gegen die schwere Vorwürfe erhoben und bestätigt wurden wegen: Trunkenheit im Straßenverkehr, wegen „Munitionsamnestie“, wegen sexualisiertem Fehlverhalten gegenüber Praktikantinnen und Unterstellten, wegen Geheimnisverrat, die Ihre Sexualität in die Öffentlichkeit getragen haben ohne Rücksicht auf Ihren Dienstgrad und/oder Dienststellung zu nehmen und die dennoch nicht annähernd die Konsequenzen erfuhren, die ich für meine

Erkrankung tragen muss. Soldaten die dem Ansehen der Bundeswehr öffentlich geschadet haben. Offiziere und Unteroffiziere d.R. / a.D. oder „freigestellt aufgrund politischem Mandats“ die öffentlich hetzen, die antisemitische oder extremistische Äußerungen tätigen – und bei denen Verfahren eingestellt wurden, die in Landtagen ja sogar im Bundestag sitzen. Politiker, die Soldaten waren oder sind und deren verfassungsfeindliche Gesinnung kein Hinderungsgrund war, um Karriere zu machen, mit Schulterklappen und Dienststellungen, die Respekt, Loyalität und das einstehen für die FDGO einfordern.

All diese Männer – und ja, meistens sind es Männer – haben Dinge getan oder gesagt, die mit den Werten der Bundeswehr und dem Grundgesetz unvereinbar sind.
Und doch wurde ihnen nicht die „charakterliche Eignung“ abgesprochen.

Aber mir schon.

Mir, einem, der Leben gerettet hat.

Mir, einem Veteranen, der durch den Dienst verwundet wurde.

Mir, der den Preis bezahlt, den die Politiker unseres Landes so gern „Einsatzbereitschaft“ oder „Kriegstüchtigkeit“ nennen.

Ich habe lange gebraucht, um zu verstehen, was diese Bescheide mit mir machen.

Es ist mehr als Frustration. Mehr als Wut.

Es ist das Gefühl, dass mein Staat – der Staat, dem ich gedient habe – mich nicht sieht.

Er sieht nicht den Soldaten.

Er sieht nicht den Menschen, Ehemann, Vater.

Er sieht nur das Problem, das ich inzwischen für ihn darstelle.

Eine anerkannte PTBS würde Verpflichtungen auslösen.

Eine anerkannte Wehrdienstbeschädigung kostet Geld, Anerkennung, Verantwortung.

Und vielleicht ist es leichter, den Betroffenen zum Problem zu erklären, als das System zu hinterfragen.

Doch für mich bedeutet jede Formulierung wie „angenommene Erkrankung“ eine erneute Entwertung meiner Erlebnisse.

Sie stellt die Realität meiner Einsätze infrage.

Sie stellt meine Zerstörung infrage.

Sie stellt mich infrage.

Es gibt wenige Dinge, die mich in den letzten Jahren so tief verletzt haben wie diese behördliche Art, meine Wahrheit zu relativieren.

Denn meine PTBS ist nicht „angenommen“.

Sie ist erlitten - Sie ist ertragen - Sie hat Folgen - Sie ist überlebt (bis jetzt).

Und sie ist – ob es Behörden mögen oder nicht – ein Teil dessen, was ich aus meinen Einsätzen mitgebracht habe.

Wenn ich dies schreibe, ist es auch ein Akt der Selbstbehauptung. Ein leiser, aber entschiedener Satz gegen die Akten, gegen die Formulierungen, gegen die Abwertung:

Ich weiß, was ich erlebt habe.

Ich weiß, was ich verloren habe.

Und ich weiß, wer ich bin – auch wenn das BAPersBw es nicht sieht bzw. nicht sehen will.